

Von der Schwimmweste zur Zwangsjacke

GASTKOMMENTAR VON VEDRAN DŽIHIC UND CHRISTOPHE SOLIOZ

Die Dayton-Dekade neigt sich ihrem Ende zu, das nächste Kapitel der Geschichte Bosniens und Südosteuropas muss ein europäisches sein.

Vor genau zehn Jahren im September begann in Genf die entscheidende diplomatische Initiative, um dem fast vierjährigen Blutvergießen in Bosnien ein Ende zu setzen. Drei Monate später wurde der brutalste Krieg auf europäischem Boden seit 1945 mit der Unterzeichnung des Dayton-Friedensabkommens durch Franjo Tudjman, Slobodan Milošević und Alija Izetbegović beendet. Die Akteure des Jahres 1995 sind längst von der politischen Szene verschwunden. Die Dayton-Zeit ist um, der zehnte Jahrestag des Friedensabkommens soll den Beginn einer neuen Ära einläuten – einer europäischen Zukunft für Bosnien und den gesamten Balkan.

Die Bilanz, die zehn Jahre nach Dayton gezogen werden kann, ist gemischt. Die bosnische Transformation von der Implementierung des Friedensvertrages hin zu den Vorbereitungen auf einen allfälligen EU-Beitritt ist von Fortschritten wie Rückschlägen gekennzeichnet. Das Land ist politisch stabiler geworden, viele Flüchtlinge sind zurückgekehrt, auch der Zentralstaat ist durch Erweiterung an Kompetenzen stärker geworden.

Gleichzeitig sind jedoch die drei ethnonationalistisch orientierten Parteien weiterhin an der Macht, die Wirtschaft stockt, die Arbeitslosenzahlen sind enorm hoch, der soziale und Gesundheitssektor leiden an Unterfinanzierung und – so wie der Staat insgesamt – an Ineffizienz. Machtmissbrauch, Korruption und (organisierte) Kriminalität sind allgegenwärtig, wenn auch nicht auf Anhieb sichtbar.

Aufgeblähte Verwaltungsstruktur

Es wäre überzogen, all diese Probleme mit den Schwächen der Daytoner Konstruktion zu erklären. Dayton hat den Krieg beendet, ist aber in den zehn Jahren seit Kriegsende von einer „Schwimmweste“ zu einer „Zwangsjacke“ geworden und behindert die Entwicklung des Landes. Es ist offenkundig, dass die in Dayton abgesegnete, stark dezentrale und ethnisierte Staatsstruktur des Landes ein Hindernis für die Entwicklung Bosniens zu einem modernen Staatswesen darstellt. Mit einer aufgeblähten Verwaltungsstruktur, die etwa 50 Prozent des Budgets beansprucht, ist Bosnien langfristig nicht finanzierbar und nicht überlebensfähig. Aber nicht nur das von der Internatio-



nalen Staatengemeinde erfundene Dayton-Konzept, auch mangelnder politischer Wille und Konsens über einen gemeinsamen Weg innerhalb Bosniens und die mangelnde Selbstverantwortung der bosnischen Bürger – verstärkt durch nur in ihrem engen (macht)politischen Interesse agierende Eliten – sind schuld daran, dass sich das Land noch immer in einem „permanenten Krisenzustand“ befindet. Nicht zuletzt hat auch die Internationale Staatengemeinschaft Fehler gemacht, was viele Erfolge im Staatsbildungsprozess überschattet.

Die Daytoner „Zwangsjacke“ kann auf dem Weg kontinuierlicher und schon begonnener Reformen im EU-Integrationskontext „step by step“ abgelegt werden. Dazu bedarf es aber gerade seitens der EU Visionen; es bedarf der Bereitschaft und Arbeit an der Vision eines modernen, demokratischen, auf dem Konzept einer Zivilgesellschaft beruhenden, europäischen Bosnien-Herzegowina. Sowohl in Bosnien-Herzegowina als auch in anderen Staaten des Westbalkans setzte die EU aber bis jetzt zu sehr auf bürokratische Aspekte der Entwicklung, vertraute zu sehr einer institutionellen und technokratischen Logik.

Die EU muss durch eine aktive, mutige und gestalterische Politik auf dem Balkan abseits diplomatischer Floskeln und leerer Versprechungen zeigen, dass ihr die südosteuropäischen Nachbarn wichtig sind. Mehr Aufmerksamkeit, mehr Anstrengungen, konkrete und an Bosnien-Herzegowina und den Balkan angepasste Strategien und fi-

nanzielle Mittel aus Brüssel werden vor allem 2006 entscheidend sein, um für die Lösung der anstehenden Probleme – wie den Status des Kosovo – stabile Voraussetzungen zu schaffen. Die Strategie muss der Tatsache Rechnung tragen, dass ohne eine verbindliche Einbindung der lokalen Entscheidungsträger in die Entscheidungen Fortschritte nur sehr langsam zu erreichen sein werden. Die Region kann keine „Diktate von oben“ brauchen, vielmehr braucht sie gleichberechtigte und konstruktive Partner.

Die traditionelle Rolle Österreichs und jene der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 könnten dabei mitentscheidend sein. Gerade in Bosnien hat österreichisches Agieren (für einen Kleinstaat überproportional bedeutendes) Gewicht, sei es aufgrund historischer Bande, „nachbarschaftlicher“ Hilfe in Not oder der kultur-geografischen Nähe.

Nachdenken über die Zukunft

Eine Konferenz am 20. und 21. Oktober in Genf und weitere Aktivitäten im Vorfeld und während der von den Balkanstaaten mit großen Hoffnungen verbundenen österreichischen EU-Ratspräsidentschaft bieten Gelegenheit, über die europäische Zukunft Bosniens und Südosteuropas nachzudenken. Die Dayton-Dekade neigt sich ihrem Ende zu, das nächste Kapitel der Geschichte Bosniens und Südosteuropas muss ein europäisches sein. Dazu gibt es keine Alternativen.

Christophe Solioz ist Direktor der Assoziation Bosnien-Herzegowina 2005 (www.bosnia2005.org).

Vedran Džihic ist Politologe an der Universität Wien und „Research Analyst“ der Assoziation Bosnien-Herzegowina 2005.



meinung@diepresse.com